

„Es gilt, dass das Volk der Souverän ist“

Würden Volksentscheide unsere Politik beleben? Ein Gespräch mit dem Politologen Joachim Behnke

Herr Professor Behnke, in einer aktuellen Umfrage sprechen sich 76 Prozent für Volksentscheide auf Bundesebene aus. Ist das sinnvoll?

Es gibt sehr wohl Momente, wo eine direkte Entscheidung sinnvoll wäre. Ich denke da an die Wahl eines Bundespräsidenten oder die Auflösung des Parlaments.

Und die Erhöhung der Mehrwertsteuer? Oder der Einsatz der Bundeswehr im Ausland – sind diese Themen für Volksentscheide geeignet oder eher verwirrend?

Es gibt Gesetze, bei denen die Bürger in der Lage sind, sich sinnvoll zu entscheiden. Zum Beispiel, wenn es um elementare Lebensfragen oder den Alltag geht. So wie das Nichtraucher-Gesetz in Bayern. Volksentscheide werden dann problematisch, wenn man ein bestimmtes Fachwissen benötigt, um eine Frage angemessen zu beurteilen. Ich denke dabei an Steuerpolitik oder auch an Sicherheitsfragen.

Dann müsste man am Ende viele spannende Fragen ausklammern und erst gar nicht zur Diskussion stellen, wenn

Zur Person



Joachim Behnke (48) lehrt seit vier Jahren Politikwissenschaft an der Zeppelin University Friedrichshafen (ZU). Behnke befasst sich

unter anderem mit Wertvorstellungen der Bürger, die er im „Ethik-Monitor“ aufzeichnet. Nach Friedrichshafen ging der Wissenschaftler, „weil ich interessiert daran war, neue und unkonventionelle Universitätsstrukturen kennen zu lernen“. Außerdem reizte ihn die ungewöhnlich enge Beziehung zwischen Studenten und Lehrenden. (Bild: ZU)

man je einen Volksentscheid einführen würde?

Das kommt darauf an, was man als spannend bezeichnet. In Bayern findet sich ein gutes Beispiel: 1968 stimmte der Freistaat über Bekenntnisschulen ab. Die Bürger lehnten sie klar ab, weil sie kirchlich nicht gebundene Schulen wünschten und diese auch erhielten. Diese Entscheidung hat Bestand bis heute, sie war sinnvoll.

Die Schweiz praktiziert diese Form der Beschlussfindung schon seit Langem. Ist die direkte Demokratie dort glücklich?

Ja, im Prinzip schon. Es gab freilich auch die Abstimmung über die Minarette vor einigen Monaten erst – aber das ist die Ausnahme. Man sollte dieses Ergebnis nicht zu hoch hängen, im Allgemeinen stimmen die Schweizer sehr abgeklärt ab.

Können die Eidgenossen ein Vorbild für uns sein?

Ja, in vieler Hinsicht. Die Schweizer haben zum Beispiel die Möglichkeit, Regierung oder Parlament abzuberufen durch Volksentscheide. Das ist das wichtigste direktdemokratische Element in der Verfassung dort. Diese Frage kann jeder entscheiden: Vertraue ich der Regierung noch oder nicht mehr? Dieses Volksrecht ist also sehr wertvoll.

Bei uns haben viele das Vertrauen in die Politik verloren. Kann man den Verlust wettmachen, indem man die Bürger vermehrt an die Urnen bittet?

Es funktioniert in einigen Demokratien so. In den USA zum Beispiel können Gouverneure durch ein Begehren von unten aus dem Amt gefegt werden. Arnold Schwarzeneggers Vorgänger in Kalifornien musste 2003 auf diese Weise sein Amt abgeben.

In Hamburg konnten wir vor einigen Tagen eine spektakuläre Abstimmung beobachten. Schwach war dagegen die Beteiligung, gerade einmal 30 Prozent nahmen ihr Recht wahr und gaben ihren Stimmzettel ab.

Das ist das Risiko bei Volksentscheiden. Der entscheidende Punkt ist der: Stimmte diese Minderheit anders ab wie die Gesamtheit abstimmen würde? Das Hamburger Ergebnis ist problematisch, weil diejenigen siegten, die ihre Anhänger am besten mobilisieren konnten.

Das Grundgesetz sieht Volksentscheide aus gutem Grund daher sehr skeptisch. Es bremst eher.

Das ist richtig. In den meisten Ländern wiederum wurde über die großen EU-Verträge abgestimmt, zum Beispiel in Frankreich oder in den Niederlanden. Bei uns war das nicht der Fall, das empfinde ich als großen Mangel, da Deutschland wie alle EU-Mitglieder weite Teile seiner Souveränität abgegeben hat.

Sie sind also grundsätzlich für erweiterte Rechte für Staatsbürger?

Ja, denn es gilt, dass das Volk der Souverän ist.

MIT JOACHIM BEHNKE
SPRACH ULI FRICKER